



VERBAND DEUTSCHER SINTI e.V.

Verband deutscher Sinti
6836 Oftersheim, Postfach
Tel.: 06202/14244

9. April 1980

Presseerklärung

- Vertreter des Innenministeriums bei den Hungerstreikenden im ehemaligen KZ Dachau
- Einweisung eines Hungerstreikenden in die Intensivstation des Dachauer Kreiskrankenhauses
- Die Forderungen an den Innenminister Gerold Tandler nach vollständiger Rehabilitierung von Nachkriegsunrecht durch das Bayer. Landeskriminalamt werden von den Hungerstreikenden weiterhin aufrecht erhalten

In der Nacht vom 8. auf den 9. April kamen stellvertretend für den Bayer. Staatsminister des Inneren Herr Staatssekretär Neubauer, der oberste Chef der Bayer. Polizei im Innenministerium, Herr Ministerialdirigenten Krampol sowie der Pressesprecher des Innenministeriums um 20.30 Uhr zu den Hungerstreikenden ins ehemalige KZ Dachau. Staatssekretär Neubauer hielt es für ein "Ding der Unmöglichkeit", daß sich der Bayer. Staatsminister des Inneren von der (rassistischen) Landfahrerordnung distanzieren könne, weil sie vom Bayer. Landtag 1953 mit großer Mehrheit und der Zustimmung aller Fraktionen verabschiedet worden sei. Dies ist bereits eine der üblichen Ausflüchte des Bayer. Innenministeriums, Verantwortung von sich zu weisen, denn die beiden Oppositionsfraktionen haben bereits erkennen lassen, daß sie einer Rehabilitierung durch den Bayer. Innenminister nichts in den Weg stellen, zumal die ausdrücklich rassistischen Ausführungsbestimmungen zur Landfahrerordnung vom damaligen Innenministerium selbst erlassen wurden.

Es ist unverständlich, daß die Landfahrerzentrale, die bis 1951 unter der alten NS-Bezeichnung "Zigeunerpolizeistelle" im Bayer. Landeskriminalamt geführt wurde, bis 1970 - wie das Innenministerium behauptet - rechtens gearbeitet habe, daß sich das Innenministerium aber zwischenzeitlich von den Strategen dieser Landfahrerzentrale bzw. ihren rassistischen Hetzartikeln in Polizeizeitungen des Bayer. Landeskriminalamtes distanziert, es ihm aber schwer fällt sich konsequenterweise auch von der gesamten rassistischen Tätigkeit dieser Sonderabteilung gegen Sinti zu distanzieren und diese Distanzierung auch öffentlich über die Medien auszusprechen. Ebenso unverständlich ist, daß nach dem schweren Leidensweg der Zigeuner durch das Dritte Reich heute Ministerialdirigent Krampol im Bayer. Rundfunk meinte, die rassistischen Polizeiartikel seien eben die nach dem Krieg gängige kriminologische Meinung des Bayer. Landeskriminalamtes gewesen, eine Meinung die mit der kriminologischen Meinung des Dritten Reichs identisch war, und eine Meinung, die durch die Publizierung in Polizeizeitungen bis heute in Behördenhandlungen und Polizeirazzien willkürlicher Art gegen Sinti-Familien im Bundesgebiet fortsetzt.

Gut eine Stunde nach Beendigung des Gesprächs mit den Beauftragten des Innenministers mußte wegen eines bedrohlichen Schwächeanfalls eines Hungerstreikenden der Notarztwagen und die Rettung gerufen werden.

Der betroffene Peter Tronja wurde gegen Mitternacht vom Rettungswagen in die Intensivstation des Kreiskrankenhauses Dachau auf Anraten des Notarztes eingeliefert. Nach Überprüfung der Herzfunktion und medizinischer Behandlung verließ er heute Mittag auf eigenen Wunsch wieder das Krankenhaus, um aus Solidarität zu den anderen Hungernden im KZ Dachau zurückzukehren.

Wie bereits den Vertretern des Inneministeriums in der vergangenen Nacht mitgeteilt wurde, würde es Verzicht auf selbverständliches Recht der Sinti-Bevölkerung in der Bundesrepublik bedeuten, wenn die Hungerstreikenden von ihren Forderungen nach vollständiger Rehabilitierung und moralischer Wiedergutmachung von Nachkriegsunrecht abrücken würden. Damit würde ein Fortbestehen diskriminierender Sonderbehandlungen aufgrund von Richtlinien und Empfehlungen des Bayer.Landeskriminalamtes festgeschrieben.

Da von Herrn Inneminister Tandler und Ministerialdirigent Krampol (Chef der Polizei Bayerns) in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet und bestritten wird, die Landfahrerzentrale habe nicht rassistische überlebende Opfer des NS-Holocaust verfolgt und sie habe keine präparierten Aktenauskünfte an andere Behörden im Bundesgebiet erteilt, sieht sich der stellvertretende Vorsitzende des 'Verbands deutscher Sinti', Romani Rose, veranlaßt, zu einer Live-Sendung, die im Bundesgebiet ausgestrahlt wird, Herrn Innenminister Tandler sowie den Chef der Bayer.Polizei unter Mitwirkung von Fritz Greußing, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker, aufzufordern. Ausschließliches Thema dieser öffentlichen Diskussion darf nur sein: Landfahrerzentrale, Landfahrerordnung, fortgesetzte Verfolgung und rassistische Überwachung sowie die Forderungen des Hungerstreiks.

Romani Rose

Romani Rose
Stellvertretender Vorsitzender
des Verbands deutscher Sinti